

Buchbesprechungen

H. Jörg Thieme: Soziale Marktwirtschaft. Ordnungskonzeption und wirtschaftspolitische Gestaltung. Beck-Wirtschaftsberater im dtv, München 1991. 121 S. DM 8,80.

Der Untertitel setzt das Programm des vorliegenden Buches: Im ersten Teil werden die theoretische Basis und die wichtigsten Systemelemente der Sozialen Marktwirtschaft dargestellt. Im zweiten Teil wird die wirtschaftstheoretische Ausgestaltung dieser Ordnungskonzeption in der Bundesrepublik thematisiert.

Wie läßt sich überhaupt die Notwendigkeit einer Wirtschaftsordnung begründen? Um das Grundproblem der relativen Knappheit der Güter zu lösen, entwickelte sich in den modernen Gesellschaften ein von ausgeprägter Arbeitsteilung gekennzeichneter Wirtschaftsprozeß. Die Lösung der damit verbundenen Probleme bedingt Regeln, Normen und Institutionen, die den Rahmen für das Verhalten der Individuen festsetzen. In Anlehnung an die Ordnungstheorie definiert Thieme eine Wirtschaftsordnung als eine Kombination konkreter Ausprägungen einzelner Ordnungsformen. An den beiden Polen realisierter Wirtschaftsordnungen befinden sich zumeinen das System zentraler Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses, wie es z. B. in den osteuropäischen Ländern vorzufinden war, zum anderen das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem, wie es für die westlichen Industrieländer charakteristisch ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist nun eine weitere ordnungspolitische Konzeption mit einer bestimmten Leitidee: „Soziale Zielsetzungen sollen ... bei möglichst großen individuellen Freiheitsspielräumen verwirklicht werden.“ Die Darstellung der Grundlagen zum Thema Wirtschaftsordnung ist knapp aber übersichtlich. Wünschenswert wäre eine genauere Abgrenzung des Begriffs der Wirtschaftsordnung zu dem des Wirtschaftssystems gewesen.

Im Anschluß an dieses einleitende Kapitel folgen die geschichtlich-theoretischen Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft basiert wesentlich auf den Vorstellungen der Vertreter des Ordoliberalismus, der wiederum geprägt wurde durch die Analyse und Kritik historisch verwirklichter Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen sowie unmittelbar durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus. Zentrales gesellschaftliches Ziel war für die Vertreter der Freiburger Schule die möglichst weitgehende Verwirklichung individueller Freiheitsrechte wie dies auch für den Liberalismus galt. Die Verfolgung dieses Ziels ist unvereinbar mit der Konzentration politischer und ökonomischer Macht in der Hand des Staates und damit dem Wirtschaftssystem zentraler Planung und Lenkung, wie es von Marx und Engels und später Lenin und Stalin für die ehemalige Sowjetunion entwickelt wurde. Im Gegensatz zur Vorstellung des Liberalismus von einer „prästabilisierten Harmonie der Interessen“ gehen die Vertreter des Ordoliberalismus jedoch von sich immer wieder neu entwickelnden Interessenkonflikten aus. Die Individuen sollen im Wettbewerb untereinander ihre Ziele durchsetzen. Hieraus folgt die Notwendigkeit eines im Gegensatz zum Liberalismus betont „starken“ Staates, der die Wettbe-

werbsordnung und damit die Spielregeln für individuelle Handlungsweisen setzt und deren Einhaltung kontrolliert. Die von *Walter Eucken* entwickelten konstituierenden und regulierenden Prinzipien einer Wettbewerbsordnung wurden für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik entscheidend. Die Unterschiede zwischen der „neoliberalen“ Ordnungskonzeption im Sinne *Euckens* und dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft beschreibt *Thieme* als nur graduell. Sie äußern sich in der stärkeren Betonung der sozialen Komponente im gesellschaftlichen Zielkatalog, den empfohlenen Maßnahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der stärkeren Betonung einer aktiven staatlichen Konjunktur- und Stabilisierungspolitik.

Den Schluß dieses ersten Teils bildet eine kurze Darstellung, wie die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg politisch durchgesetzt wurde. Wichtig zu erwähnen ist hierbei, daß sich die politische Realisierung als Prozeß in den folgenden vierzig Jahren vollzog. Interessant in diesem Zusammenhang wäre auch eine kurze Darstellung der Diskussion gewesen, ob und inwiefern das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft durch das Grundgesetz festgelegt wird.

Im zweiten Teil „Die Wirtschaftspolitik zur Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft“ stellt *Thieme* die wichtigsten Grundprobleme wirtschaftspolitischer Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft dar. Aufgegriffen werden folgende Themenbereiche: Wirtschafts- und sozialpolitische Ziele (I), Wettbewerb als Organisationsprinzip der Märkte (II), Soziales Korrektiv der Marktwirtschaft (III), Gesamtwirtschaftliche Steuerung marktwirtschaftlicher Prozesse (IV) und Umweltpolitik in der Marktwirtschaft (V).

Aus den „obersten – schwer zu operationalisierenden – Zielen“ der Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft: Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand wurden die gesamtwirtschaftlichen Ziele: Preisniveaustabilität, hoher Beschäftigungsstand, Zahlungsbilanzausgleich und stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum abgeleitet. Neben diesen gesamtwirtschaftlichen Zielen werden die Sozialen Ziele: soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherung und sozialer Fortschritt angeführt, sowie die Strukturziele als spezifische Unterziele der praktischen Wirtschaftspolitik. *Thieme* geht hier nicht nur auf die Begriffsinhalte ein, sondern diskutiert auch die damit verbundenen Probleme, z. B. hinsichtlich des Wachstumsbegriffes.

Die marktwirtschaftliche Ordnung ist wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß die Koordination der individuellen Entscheidungen über Märkte erfolgt. Die Märkte erfüllen ihre Funktion der Allokation, Koordination, Verteilung und Kontrolle dann am besten, wenn sie nach dem Prinzip des Wettbewerbs organisiert sind. Um dieses Organisationsprinzip durchzusetzen, und zu sichern, bedarf es einer aktiven Wirtschaftspolitik, da die einzelnen Akteure immer einen Anreiz haben, den Wettbewerb zu ihren Gunsten einzuschränken. Detailliert geht *Thieme* auf die in der Bundesrepublik ordnungspolitisch verankerten Wettbewerbsregeln ein, konstatiert aber auch, daß bei der Durchsetzung des Wettbewerbsprinzips in der Praxis erhebliche Mängel festzustellen sind.

Im III. Kapitel gibt der Autor einen Überblick über die sozialpolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik: Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung von Arbeitskräften, Arbeitsschutzpolitik, Maßnahmen zu Verbesserung der Einkommensverteilung. Im Anschluß an eine Klärung des Begriffes Wachstumszyklus und einer Abgrenzung der Stabilisierungs- von der Stabilitätspolitik wird im IV. Kapitel dem auf

Keynes zurückzuführenden Konzept der Stabilisierungspolitik das Konzept von *Friedman* gegenübergestellt.

Das letzte Kapitel ist der Umweltpolitik in der Marktwirtschaft gewidmet, wobei hier nur kurz die Begriffe des externen Effektes, des Verursacherprinzips geklärt, sowie die wichtigsten umweltpolitischen Instrumente dargestellt werden können. Angesichts der gerade in jüngster Zeit wieder aufgelebten Diskussion um die Industrie- und Strukturpolitik, auch im Zusammenhang der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, wäre ein Kapitel zu diesem Themenbereich sicher wertvoll gewesen.

Wie im Vorwort vom Autor betont, wendet sich das vorliegende Buch nicht an professionelle Ökonomen, sondern soll ausdrücklich einen Gesamtüberblick über das Konzept der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik insbesondere für den Praktiker und Studierenden bieten. Diesem Anspruch wird das Buch in jedem Fall gerecht. Nebenbei sollte auch darauf hingewiesen werden, daß der niedrige Preis dem angesprochenen Publikum sehr entgegenkommen wird.

Stefanie Hamacher, Bonn

Manfred Weber (Hrsg.): Europa auf dem Weg zur Währungsunion. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1991. 407 Seiten. DM 59,-.

Der EG-Gipfel in Maastricht hat die Weichen für eine Vertiefung der europäischen Integration gestellt: die Staats- und Regierungschefs der zwölf Mitgliedsländer der Gemeinschaft einigten sich im Dezember 1991 auf die für die Errichtung einer Europäischen Union notwendigen Änderungen der Römischen Verträge. Nun müssen die Vertragstexte noch von den jeweiligen nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Im Zentrum der Union soll neben einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Einführung einer Unionsbürgerschaft, der Entwicklung einer engen Zusammenarbeit in den Bereichen der Justiz und der inneren Angelegenheiten auch eine umfassende wirtschaftliche Integration stehen, die weit über die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes hinausgeht. Eines der wichtigsten Ziele dieser Wirtschafts- und Währungsunion ist die Einführung einer einheitlichen Währung und die Gründung einer Europäischen Zentralbank bis spätestens 1. Januar 1999.

Mit den unterschiedlichsten Aspekten einer Europäischen Währungsunion setzen sich die verschiedenen Beiträge des genannten Buches kritisch auseinander. Gegliedert in drei große Abteilungen – Grundsatzfragen, Einzelaspekte und Internationale Implikationen – werden dem Leser auf rund 400 Seiten interessante Einblicke in die vielfältigen Problembereiche der monetären Integration Europas vermittelt. Dem Herausgeber, der schon bald seine neue Funktion als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Banken in Köln aufnimmt, ist es gelungen, eine Reihe namhafter Fachleute auf dem Gebiet internationaler Währungsfragen als Autoren zu gewinnen.

Lipp und *Reichert* eröffnen den Reigen der Grundsatzfragen mit einer Bewertung der Vor- und Nachteile, die von der Währungsunion erwartet werden können. Niedrige Transaktionskosten, geringere Anfälligkeit des europäischen Finanzraums gegenüber außenwirtschaftlichen Störungen und die Stärkung des wirtschaftspolitischen Zusammenhalts der Gemeinschaft zählen sie zu den unzweifelhaften Vorteilen. Dem stehen aber auch schwierige Probleme gegenüber: der Verzicht auf politische

Souveränität und die Abtretung von Kompetenzen an supranationale Organe gehört dazu, ebenso wie die Entscheidung, welche Bereiche dem Wettbewerb und damit der spontanen Koordination überlassen bleiben sollen und welche nicht.

Matthes und *Italianer* beschäftigen sich mit der Frage, ob denn die Gemeinschaft ein optimaler Währungsraum sei und kommen zu dem Ergebnis, daß der bisher im Vordergrund stehende Nutzen infolge des Wegfalls von Transaktionskosten und der Wechselkursunsicherheit nur einen kleinen Teil des tatsächlichen Nutzenpotentials darstellt. Sie wenden einen systematisch aufgebauten Nutzen-Kosten-Ansatz an und prüfen, wie sich die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion auf Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit auswirken dürfte. Wie viele andere Autoren betonen auch *Matthes* und *Italianer* allerdings die Bedingtheit ihres Nutzenkalküls: Voraussetzung ist nämlich, daß sowohl der öffentliche als auch der private Sektor in ihrem wirtschaftlichen Verhalten gewisse ordnungspolitische Regeln befolgen.

Schill beschäftigt sich in seinem Beitrag mit konzeptionellen und praktischen Fragen der Konvergenz in der Europäischen Gemeinschaft und versucht erfolgreich, ein wenig Ordnung in die so oft geführte und selten verstandene Diskussion um die Konvergenzfordernisse zu bringen.

Eyffinger geht der Frage nach, inwieweit sich die Geldpolitik in den beiden wirtschaftlich wichtigsten Gemeinschaftsländern, nämlich Deutschland und Frankreich, in der Praxis schon angenähert hat. Er bescheinigt beiden Ländern eine hohe Konvergenz der Ziele, der Instrumente und der Ergebnisse. Er sieht allerdings im institutionellen Bereich auf französischer Seite nach wie vor hohen Nachholbedarf, wozu insbesondere gehört, der Banque de France endlich die erforderliche Unabhängigkeit von der französischen Regierung zu gewähren und das Ziel der Preisstabilität in den entsprechenden Gesetzen und Statuten zu verankern.

Jacquet, *Henning* und *Suzuki* befassen sich in ihren jeweiligen Aufsätzen mit den zu erwartenden internationalen Implikationen der europäischen Währungsunion. Alle drei betonen, daß sich die Folgen der monetären Integration nicht auf die EG beschränken lassen und gehen von der Herausbildung einer gleichgewichtigen, tripolaren Welt aus. Die USA, Japan und die EG würden in ihren jeweiligen Regionen monetäre Ankerfunktionen übernehmen, bei grundsätzlich floatenden Wechselkursen und freien Kapital- und Handelsströmen zwischen den Blöcken. Für Europa ergebe sich dabei der Vorteil, weniger anfällig für externe Schocks zu werden. Andererseits bestehe aber auch die Gefahr, sich zu sehr mit sich selbst zu beschäftigen und darüber die Beziehungen zu den übrigen Währungsräumen zu vernachlässigen. In weiteren Beiträgen untersuchen *Barth*, *Socher* und *Tosovsky* die möglichen Konsequenzen für die Schweiz, Österreich und die sich reformierenden Volkswirtschaften Mittel- und Osteuropas.

Von besonderem Interesse für die Kreditwirtschaft dürfte der Beitrag von *Remsperger* sein, der die potentiellen Auswirkungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf den Bankensektor untersucht. Er erwartet durch Binnenmarkt und Währungsunion fundamentale Veränderungen der finanziellen Infrastruktur. Durch den Übergang zu einer gemeinsamen Währung trete eine Wettbewerbsverschärfung ein, weil die Banken in den einzelnen EG-Ländern einen Teil ihres bisherigen „natürlichen“ Heimvorteils verlieren, nämlich Geschäfte in der jeweiligen Landeswährung vornehmen zu können. Er spricht von einer „Grundstoff-Harmonisierung“ durch die einheitliche Währung. Für die deutschen Kreditinstitute hieße das zum Beispiel, daß

sie nicht mehr mit der inneren und äußeren Stabilität der DM werben könnten, was für sich genommen, ihre Stellung im internationalen Wettbewerb erschwere. Die Währungsunion berührt nach Ansicht des Autors mit der Auswahl der Geschäftsfelder, der Optimierung der Unternehmensgröße und der Standortentscheidung nahezu alle klassischen Positionierungsprobleme der Banken. Aber es gibt auch ein Trostpflaster. Denn neben dem Zwang zum „Going European“ wird es eine Gegenbewegung geben: Bankgeschäfte, die lange Zeit nur „jenseits der Grenze“ möglich waren, werden dann auch im Inland getätigt werden können. Sie werden also zum Teil von den europäischen offshore-Zentren (wieder) auf die heimischen Märkte (zurück)verlagert.

Leider können in diese Besprechung nicht alle Beiträge einbezogen werden. Bedauerlich ist auch, daß die Autoren die Beschlüsse von Maastricht in ihren Texten nicht mehr berücksichtigen konnten. Die meisten Aufsätze sind damit eindeutig auf die Meinungsbildung im Vorfeld des Gipfels gerichtet. Das bedeutet aber nicht, daß wir es hier, angesichts des Abschlusses der Vertragskonzipierung, mit reiner Historie zu tun haben. Die Argumente behalten ihre Gültigkeit. Fragen werden aufgeworfen, die der Maastrichter Gipfel nur zum Teil zufriedenstellend beantwortet hat. Neue Fragen sind mittlerweile hinzugekommen, die Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in den nächsten Jahren beschäftigen werden. Die Diskussion um die praktischen Implikationen und die bestmögliche Umsetzung des ehrgeizigen Ziels hat gerade erst begonnen.

Nach wie vor von uneingeschränkter Gültigkeit bleibt jedenfalls die Mahnung, wie sie *Hans-Peter Fröhlich* in seinem Beitrag zur „Europäischen Währungsunion aus Sicht der Unternehmen“ treffend formuliert: „(Der) schmale Grad zwischen Erfolg und Mißerfolg bei der Verwirklichung der Währungsunion sollte zu größter Vorsicht mahnen. (...) Die Folgen eines währungspolitischen Fehlschlags wären letztlich für Europa insgesamt kontraproduktiv. Ein solcher Rückschlag würde zwangsläufig das Zusammenwachsen in anderen Bereichen der Gemeinschaft gefährden oder sogar bereits erzielte Integrationsfortschritte wieder in Frage stellen.“

Wolfgang Neumann, Bonn

Norbert Klotten: Die Transformation von Wirtschaftsordnungen. Theoretische, phänotypische und politische Aspekte. Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze 132. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1991. 46 Seiten. DM 32,-.

Die Volkswirtschaftstheorie kann dem sich unter großen Schwierigkeiten in den osteuropäischen Reformländern vollziehenden Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft kein geschlossenes Modell gegenüberstellen. Lag bisher der Forschungsschwerpunkt auf dem Systemvergleich, so verlangt der gegenwärtige Reformprozeß eine den Systemwandel erklärende Theorie. *Klotten* versteht diesen Beitrag als vorbereitende Arbeit auf dem Weg zu einer Theorie der Transformation von Wirtschaftssystemen. Es geht ihm daher vor allem um eine Präzisierung und Strukturierung der wichtigsten damit verbundenen Aspekte.

Zu Beginn grenzt *Klotten* den Begriff der Transformation von Wirtschaftssystemen ab und untersucht ihre Ursachen. Er stellt fest, daß der Systemwandel ausgelöst wird durch das zielgerichtete Handeln politischer Gruppierungen, die die in einer Krise

befindliche bestehende Wirtschaftsordnung durch eine andere zu ersetzen versuchen. Durch dieses zugrunde liegende „zielgerichtete politische Handeln“ unterscheidet sich der Systemwandel von evolutorischen Prozessen, durch sein Ausmaß und seine Komplexität von einer wirtschaftlichen Restrukturierung, die lediglich der Effizienzsteigerung des bestehenden Systems dienen soll.

Im Hauptteil beschäftigt sich der Verfasser mit den wichtigsten Aspekten der Transformation von Wirtschaftssystemen, die er in drei Kategorien einteilt: in theoretische, phänotypische und politische Aspekte. Im Rahmen einer theoretischen Interpretation des Systemwandels beschreibt er bisher vorliegende theoretische Ansätze, die zu einer Erklärung des Phänomens der Transformation herangezogen werden können. Diesen Theorien ist jedoch gemeinsam, daß sie jeweils nur partielle Aspekte des Systemwandels abdecken. Anzustreben ist jedoch ein Totalmodell, das den Strukturwandel sowohl ordnungs- als auch prozeßtheoretisch abbildet und dabei auch die Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft mit berücksichtigt. Daher kommt gerade in diesem Gebiet der interdisziplinären Forschung besondere Bedeutung zu.

Die Erarbeitung einer allgemeingültigen Theorie der Transformation setzt eine gewisse Homogenität der bei einem Systemwandel auftretenden Problemstellungen voraus. In einem zweiten Schritt erstellt der Verfasser ein Raster zur Einordnung dieser phänotypischen Inhalte von Transformationsprozessen (Ursachen des Systemwandels und durch ihn ausgelöste Verwerfungen und Anpassungsprozesse). Diese Sachverhalte treten in einer bestimmten zeitlichen Abfolge auf, so daß sich ein Transformationsprozeß in mehrere transitorische Stadien unterteilen läßt, deren Abfolge unabhängig ist vom eingeschlagenen Reformtempo.

Die Bedeutung einer Theorie der Transformation wird im dritten Abschnitt des Beitrages deutlich, der sich mit den transformationspolitischen Aspekten beschäftigt. Gesicherte theoretische Erkenntnisse sind eine wichtige Voraussetzung für die Ausarbeitung einer konsistenten Transformationsstrategie. Vor allem sollte diese Theorie die Bedeutung hervorheben, die einer allumfassenden Konzeption zukommt: Der von den osteuropäischen Reformpolitikern angestrebte Systemwandel muß sich auf alle Bereiche des Wirtschaftssystems erstrecken, da ein System miteinander nicht kompatibler Teilordnungen auf die Dauer keinen Bestand hat. Um die Reformen nicht der Gefahr eines vorzeitigen Abbruchs auszusetzen, muß man versuchen, die mit ihnen verbundenen sozialen Kosten zu minimieren, die Wirtschaftssubjekte bestmöglich zu informieren und vor allem möglichst schnell den „point of no return“ zu erreichen. Das danach einzuschlagende Tempo hängt von den im Einzelfall herrschenden Bedingungen ab.

Indem er die phänotypischen Merkmale des Systemwandels herausarbeitet und die zu seiner Erklärung in Frage kommenden theoretischen Ansätze vorstellt, gibt *Kloten* mit diesem Beitrag eine knappe aber gute Übersicht über den bisherigen Stand der Forschung und Anregung zu einer weiteren Beschäftigung mit den theoretischen Aspekten der Transformationsproblematik.

Holger Müller, Bonn